bicc / Common Position Brief

12/2024

Serbien

Länderinformationen zu den Europäischen Kriterien für Waffenexporte

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG **2**

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor **5**
Deutsche Rüstungsexporte 5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland 8
Militärausgaben 10
Lokale Rüstungsindustrie 12
Streitkräftestruktur 13
Bewaffnung der Streitkräfte 14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft 17
Polizei und andere Sicherheitskräfte 19

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts **21**
Einhaltung internationaler Verpflichtungen 21
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland 22
Innere Lage im Empfängerland 25
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region 27
Bedrohung von Alliierten 30
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft 30
Unerlaubte Wiederausfuhr 33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes 34

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Deutschland lieferte in den vergangenen Jahren primär Klein- und Handfeuerwaffen nach Serbien sowie vereinzelt Ausrüstungsgegenstände für Sicherheitskräfte. Die Gesamtsumme der deutschen Rüstungsexporte nach Serbien ist in den vergangenen Jahren insgesamt als gering anzusehen, mit Ausnahme von 2018 und 2023. Im Jahr 2018 genehmigte die Bundesregierung erstmalig einen Export von Rüstungsgütern im dreistelligen Millionenbereich, 2023 wurde mit einem Wert von fast 152 Mio. Euro ein Höchstwert erzielt. Beide Exportgenehmigungsspitzen sind auf die Lieferung bzw. Bestellung von H145M (Kampf-)Hubschrauber zurückzuführen. Nach Informationen aus dem UN-Waffenregister lieferte Deutschland im Jahr 2009 zudem mehrere hundert Maschinenpistolen und Sturmgewehre nach Serbien.

Die serbische Rüstungsindustrie ist ein Erbe aus der Zeit Jugoslawiens und hat auch heute noch auf dem Balkan eine hervorgehobene Stellung. Damals spielte die Rüstungsindustrie als zentrales Standbein für das politische und wirtschaftliche System eine wichtige Rolle. Trotz der schlechten Ausgangslage und den strukturellen Problemen hat sich die serbische Rüstungsindustrie in den letzten Jahren modernisiert. Serbiens Anstrengungen, im globalen Rüstungsmarkt eine neue Rolle einzunehmen, werden insbesondere von den staatlichen Rüstungsherstellern forciert.

Nachdem Montenegro nach der Unabhängigkeit zunächst jahrelang den wichtigsten Waffenexporteur für Serbien darstellte, nahm in Folge darauf Russland die wichtigste Position ein. Ende 2016 verständigten sich Serbien und Russland auf eine Intensivierung der militärischen Kooperation. Im Jahr darauf überließ Russland Serbien sechs MiG-29-Kampfjets, 30 T-73-Kampfpanzer, 30 gepanzerte Fahrzeuge und zwei An-26-Transportflugzeuge kostenfrei. Zwischen 2018 und 2020 war China Serbiens wichtigster Rüstungslieferant. Auch Deutschland exportierte in den letzten Jahren Fluggeräte nach Serbien: Zwischen 2018 und 2020 wurden sechs leichte Hubschrauber vom Typ EC145, darunter vier bewaffnete Modelle, nach Serbien geliefert. 2021 wurden elf weitere bestellt, die derzeit ausgeliefert werden.

Im Rahmen einer Strukturreform des Militärs wurde die Anzahl der aktiven Soldat:innen radikal verringert. Ausgestattet ist das serbische Heer vorwiegend mit veralteten Rüstungsgütern aus dem ehemaligen Jugoslawien. Einige der Rüstungsgüter sollen einer modernen Kampfwertsteigerung unterzogen und altes Equipment aussortiert werden. Serbiens Marine wurde nach der Abspaltung Montenegros an dieses übergeben, da Belgrad mit der Teilung des Landes Zugänge zum Meer und den Seehäfen verloren hat.

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich das serbische Militär in einem Reformprozess, der u. a. auch zur Abschaffung der Wehrpflicht Anfang 2011 führte. Fast zehn Jahre nach Beginn einer Sicherheitssektorreform konnte im Jahr 2009 mit der Verabschiedung des zukünftigen rechtlichen Rahmens und der Etablierung demokratischer Kontrollmechanismen die erste Phase der Reform abgeschlossen werden. So wurde z. B. der Generalstab dem Verteidigungsministerium unterstellt, das nach den Verfassungsänderungen zivil geführt wird. Allerdings ist das serbische Parlament bis heute sehr zurückhaltend bei der Ausübung seiner Kontrollfunktionen und -rechte. Neben dem Militär waren insbesondere die Polizei und der Geheimdienst Gegenstand der Sicherheitssektorreform. Eine Erneuerung des Geheimdienstes ist jedoch weiterhin aufgrund seiner gesellschaftlichen, politischen und

wirtschaftlichen Verflechtungen nur äußerst begrenzt möglich. Zwar wurden einige Gesetze geändert und Überwachungsstrukturen durch das Parlament geschaffen, die jedoch unzureichend sind und in der Praxis kaum ausgeübt werden. In den letzten zehn Jahren versuchten verschiedene Regierungen, das Image der Polizei als Instrument des Milosevic-Regimes zu bekämpfen und ihr Ansehen in der Gesellschaft zu erhöhen. Das serbische Militär verfügt heute – wie schon im früheren Jugoslawien – über eine starke Position innerhalb der Gesellschaft.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Serbien ist dem Großteil der internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge beigetreten und bekennt sich zur Bedeutung der internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsanstrengungen im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler sowie regionaler Initiativen.

Allgemein war zu beobachten, dass sich die Menschenrechtslage in den vergangenen zehn Jahren verbessert hatte. Sowohl die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz grundlegender Rechte als auch demokratischer Normen im Zuge der politischen Transformation, die Menschenrechten einen wichtigen Platz innerhalb der Gesellschaft und der Politik einräumen, hatten sich positiv entwickelt. Probleme existieren in Bezug auf den Minderheitenschutz, den Kampf gegen Diskriminierung, die Missachtung von Rechten durch die Polizei und in den staatlichen Gefängnissen. Hinzu kommt der unzureichende Schutz von Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen.

Sowohl die politische Situation als auch die allgemeine Konfliktlage in der Region bleiben instabil und angespannt. Aus Sicht Serbiens ist der zentrale und weiterhin offene Konflikt die Abspaltung des Kosovo im Jahr 2008. Die serbische Regierung betrachtet den Kosovo weiterhin als integralen Bestandteil Serbiens. In der Grenzregion, insbesondere der Stadt Mitrovica, kommt es immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der albanisch stämmigen Bevölkerung und den im Kosovo lebenden Serb:innen. Zuletzt wurden im Dezember 2022 serbische Truppen an die kosovarische Grenze verlegt und die Spannungen erreichten einen neuen Höhepunkt. Daraufhin erneut initiierte Gespräche wurden im Oktober 2023 wiederum ergebnislos abgebrochen. Eine Eskalationsgefahr ist derzeit daher durchaus gegeben. Auch zwischen Serbien und Kroatien sowie zwischen Serbien und Bosnien und Herzegowina existieren ungeklärte Grenzfragen.

In Serbien befinden sich derzeit im Rahmen der OSZE-Mission ausländische Kräfte zur Unterstützung in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte, Minderheitenschutz und Entwicklung der Medienlandschaft. In der Region, insbesondere im Kosovo, laufen darüber hinaus weitere Missionen.

Für Serbien besteht gegenwärtig keine direkte Bedrohung durch internationalen Terrorismus. Belgrad ist zwar zahlreichen internationalen Abkommen nicht beigetreten, dennoch hat das Land mit Albanien und Bosnien und Herzegowina sowie mit Israel und Zypern bilaterale Abkommen zur Terrorismusbekämpfung unterzeichnet.

Internationale, organisierte Kriminalität ist weiterhin ein großes Problem in Serbien. Die OSZE-Mission hat die serbische Regierung seit 2001 maßgeblich bei ihrer Bekämpfung unterstützt. Allgemein ist das Land und die gesamte Region wichtiger Umschlagplatz für Drogen und Waffen und ist eine Drehscheibe für Menschenhandel und Geldwäsche.

Problematisch sind insbesondere die Verstrickung hoher politischer Würdenträger mit organisierten verbrecherischen Clans.

Auf dem Balkan existiert seit 1995 ein regionales Rüstungskontrollregime, das zwischen Kroatien, Serbien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina geschlossen und in den folgenden Jahren stetig erweitert wurde. Es begrenzt die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme für die beteiligten Länder. Serbien ist bestrebt, ein effektives Exportkontrollregime zur Kontrolle von konventionellen Waffen und Dual-Use-Gütern zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Belgrad im März 2005 freiwillig die Kriterien und Prinzipien des damaligen EU-Verhaltenskodex (seit 2008 Gemeinsamer Standpunkt) für Rüstungsexporte anerkannt und damit einhergehend eine Reihe von Exportkontrollgesetzen verabschiedet, die im Einklang mit den EU-Standards stehen.

Laut Weltbank gehört Serbien mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 9.140 US-Dollar zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies"). Es weist eine hohe Auslandsverschuldung (65,2 Prozent am BIP) auf. Auf dem Global Competitiveness Index belegte Serbien 2019 mit Rang 72 von 141 Staaten einen Platz im Mittelfeld. Mit einem Wert von 0,802 rangiert es auf Platz 63 von 191 Staaten auf dem Human Development Index und weist ergo laut den HDI-Kategorien eine „sehr hohe menschliche Entwicklung" auf. Die Gefahr, dass in Serbien unverhältnismäßige Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist gering.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2003-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2003	Geländewagen: 55,2% Pistolen, Maschinepistolen, Sport und Jagdgewehre und Waffenzielgeräte und Teile für Pistolen, Maschinepistolen, Sport- und Jagdgewehre: 22,9% Munition für Gewehre, Revolver, Pistolen und Granatpistolen: 17,7% (für Vereinte Nationen)	0,4
2004	Ballistische Schutzhelme: 62,2% Sportpistolen, Maschinenpistolen für VN, Jagdgewehre und Flinten, inkl. Teile: 24,9%	0,12
2005	Teile für HF – Überwachungs- und Peilsysteme: 64,3% Munition für Revolver, Pistolen und Granatpistolen (für Finnische Armee): 15,4% Materialien für ABC – Schutzbekleidung: 13,7%	0,47
2006	Jagdgewehre und Teile: 86,1%	0,11
2007	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportpistolen: 54,6% Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 41,3%	0,31
2008	Geländewagen mit Sonderschutz: 75,4% Jagdgewehre und Teile für Jagdgewehre: 19,2%	0,5
2009	Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportrevolver, Sportpistolen: 89,8%	1,46
2010	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 51,1% Reizstoffe und Teile für C-Schutzkleidung: 28,9% Kommunikationsausrüstung und Teile dafür: 18,9%	0,39
2011	Maschinenpistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten: 47,4% Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 45,9%	0,48
2012	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre: 70,4% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 15,9%	0,41
2013	Jagdgewehre und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre: 57,7% Laborchemikalien, Detektionsausrüstung/Teile für Detektionsausrüstung: 25,3%	0,23
2014	Jagdgewehre, Sportgewehre, Mündungsfeuerbremsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 93,5%	0,15

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt-wert
2015	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 51,2%; Tauchgeräte, Westen und Teile für Tauchgeräte: 24,1%; Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Flinten: 23,4%	0,59
2016	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 45,5% Pistolen, Jagdgewehre, Magazine und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre: 40,7%	0,44
2017	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre: 84,3%	0,48
2018	Kampfhubschrauber, Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 99,5%	105,31
2019	Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 65,8% Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Magazine, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 18,5%	2,32
2020	Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Flinten und Teile für Haubitzenmunition: 37,5% Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Magazine, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre: 31,1% Teile für Flugkörper: 17,5%	0,67
2021	Jagdgewehre, halbautomatische Jagd-/Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Wechselmagazine, Rohrwaffen-Lafette und Teile für Jagdgewehre: 50,2% Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Jagdflintenmunition, Sportflintenmunition und Teile für Gewehrmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 39,0%	0,89
2022	Bildverstärkerausrüstung und Wärmebildausrüstung: 68,0 % Jagd-/Sportwaffenmunition und Jagd-/Sportflintenmunition: 16,4 %	2,88
2023	Kampfhubschrauber, Hubschrauber und Teile für Kampfhubschrauber: 99,7 %	151,87

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2003-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz https://www.bmwk.de

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 2003-2023

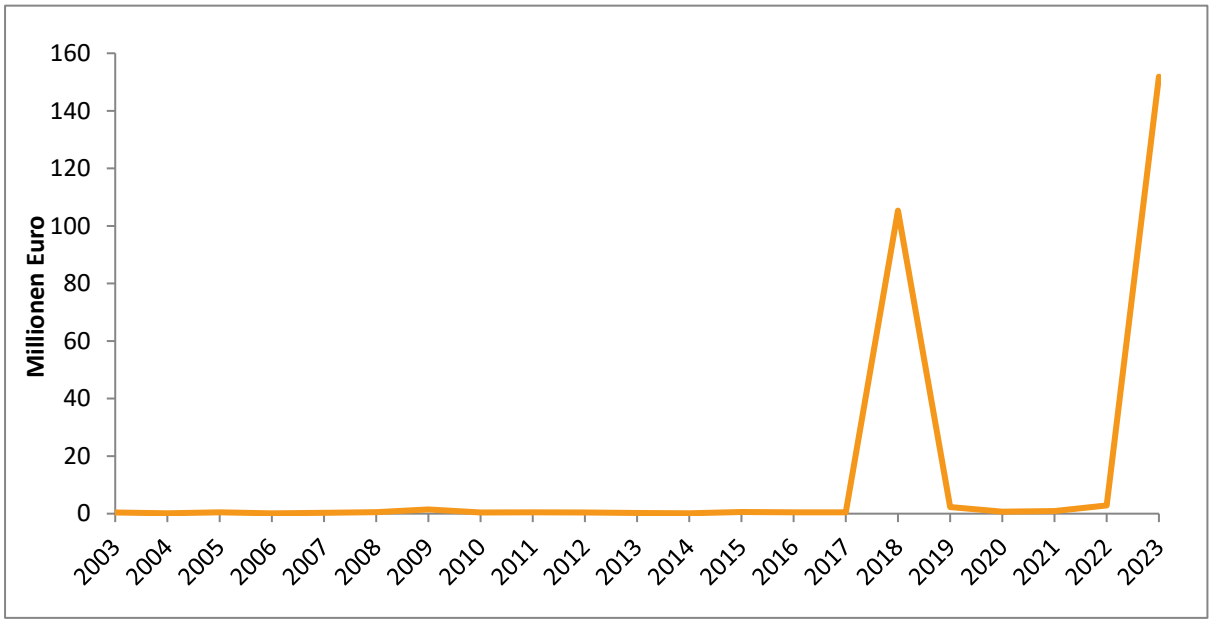


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Serbien 2000-2023

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
5	EC145	Leichte Helikopter	2016	2018-2019	(5)	Neuwertig
9	EC145	Leichte Helikopter	2021	2023	1	Neuwertig
2	Dingo-2	Gepanzerte Mann-schaftstransporter	2021			Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Wie aus den Informationen des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung hervorgeht, liefert Deutschland primär Klein- und Handfeuerwaffen nach Serbien sowie vereinzelt Ausrüstungsgegenstände für Sicherheitskräfte. Die Gesamtsumme der deutschen Rüstungsexporte nach Serbien ist in den vergangenen zwanzig Jahren insgesamt als gering anzusehen. Eine Ausnahme ist unter anderem das Jahr 2009, in dem Deutschland insbesondere Klein- und Leichtwaffen exportierte. Informationen aus dem UN-Waffenregister legen dar, dass

Deutschland im Jahr 2009 mehrere hundert Maschinenpistolen und Sturmgewehre geliefert hat. Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung gibt an, dass 2009 insgesamt 300 auf der Kriegswaffenliste geführte Gewehre und 335 Maschinenpistolen nach Serbien ausgeführt wurden. Auch in den Folgejahren befanden sich unter den deutschen Lieferungen hauptsächlich kleine und leichte Waffen und vereinzelt Kommunikationsausrüstung.

2018 war mit einem Gesamtwert von über 105 Millionen Euro ein gravierender Anstieg der Rüstungsexporte nach Serbien zu verzeichnen. Dieser ist wohl überwiegend auf die 2016 genehmigte und zwischen 2018 und 2019 erfolgte Lieferung von fünf EC145 Helikoptern zurückzuführen. Drei dieser Hubschrauber in der H145M-Version sind dabei bewaffnet. 2021 wurden nochmals neun H145-M Helikopter geordert, 2023 soll bereits der erste dieser Charge geliefert worden sein. 2023 wurde entsprechend mit Exportgenehmigungen von fast 152 Mio. Euro ein absoluter Höchstwert erzielt, der auch laut Angaben des entsprechenden Rüstungsexportberichts auf 15 Genehmigungen im Zusammenhang mit Kampfhubschraubern zurückzuführen ist.

Im Jahr 2021 wurden insgesamt drei Ausfuhren mit Verweis auf die Kriterien drei und sieben (Innere Lage bzw. Risiko der Technologie-Abzweigung) abgelehnt. Auch 2023 wurde – trotz der hohen Genehmigungswerte – eine Ausfuhr (mit Verweis auf Kriterium sieben) in Höhe von 27.311 Euro abgelehnt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Serbien 2019-2023, Mio. TIV

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	84	145	136	172	93	629

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

Tabelle 3

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Serbien 2019-2023, Mio. TIV[1]

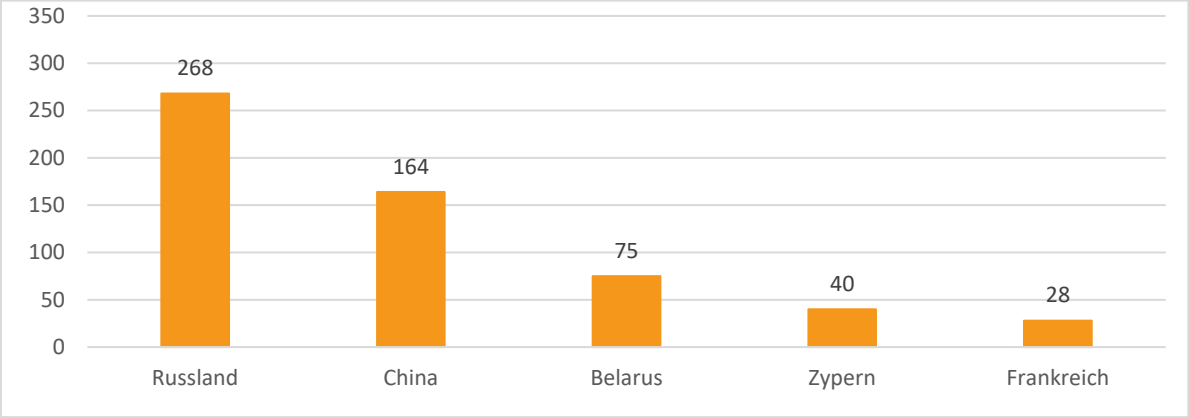
Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	13	-	-	-	3	16

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

[1] SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: April 2024) nahm Serbien zwischen 2019 und 2023 die 43. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Nachdem Montenegro nach der Unabhängigkeit zunächst jahrelang den wichtigsten Waffenexporteur für Serbien darstellte, nahm Russland bereits im Zeitraum 2017 bis 2021 die wichtigste Position ein, bevor es zwischen 2019 und 2023 wieder wichtigster Rüstungslieferant für Serbien war. Die Bedeutung westeuropäischer Lieferanten nimmt tendenziell ab. Dies resultiert aus zahlreichen Schenkungen seitens Russlands in den vergangenen Jahren. Zudem bekundete Serbien Interesse daran, seine Streitkräfte durch die Anschaffung russischer Systeme zu modernisieren, darunter 3D-Überwachungsradare, Flugabwehrsysteme und Kampfhubschrauber. Bereits im November 2013 wurde ein bilaterales Kooperationsabkommen zur Verbesserung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit der serbischen Armee unterzeichnet. Ende 2016 verständigten sich Serbien und Russland auf eine Intensivierung der militärischen Kooperation. 2017 wurde bekannt, dass Russland Serbien sechs gebrauchte MiG-29-Kampfjets, 30 T-72B-Kampfpanzer, 30 gepanzerte Fahrzeuge sowie zwei An-26-Transportflugzeuge kostenfrei überlässt. Serbien kündigte an, die neue Ausstattung vollständig zu modernisieren und instand zu setzen. Bis 2021 wurden alle Waffensysteme geliefert. Belgrad ist an der Lieferung von Buk-M2 Flugabwehrraketensystemen interessiert. Hier werden Verträge in der Zukunft erwartet. Die Lieferung von zwei Mi-17V-5 Helikoptern aus Russland im Juni 2016 wurde durch eine weitere Lieferung von drei Helikoptern desselben Typs 2019 ergänzt. Die gelieferten Helikopter werden hauptsächlich zur nationalen Such- und Rettungszwecken genutzt und ersetzen die veralteten Mi-17 Modelle. Darüber hinaus exportierte Russland 2019 vier Mi-35M-Kampfhubschrauber nach Serbien, von denen Serbien 2021 vier weitere orderte, sowie 2020 sechs mobile Luftabwehrsysteme und 150 dazugehörigen Flugabwehrraketen. 2021 wurden weitere 150 Luftabwehrraketen und weitere sechs Luftabwehrsysteme sowie 300 Panzerabwehrraketen bestellt.

Im Zeitraum 2018 bis 2022 hatte sich China als wichtigster Rüstungslieferant Serbiens, noch vor Russland, hervorgetan. Zwischen 2019 und 2023 nahm es nur noch den zweiten

Platz ein. Im genannten Zeitraum erhielt Serbien sechs chinesische bewaffnete CH-92 Drohnen im Rahmen eines 30 Mio. US-Dollar Geschäftes, das auch einen Technologietransfer für die Entwicklung serbischer Pegasus Drohnen enthält. Außerdem lieferte China 2020 50 Luft-Boden-Raketen für die CH-92 Drohnen. 2022 importierte Serbien aus China eins von drei georderten Flugabwehrraketensystemen sowie 100 von 300 bestellten dazugehörigen Flugabwehrraketen.

Belarus, als drittwichtigster Rüstungslieferant Serbiens zwischen 2019 und 2023, stiftete Serbien 2021 vier ausgemusterte, vor der Lieferung modernisierte MiG-29S Kampfflugzeuge, welche bis Ende 2021 vollständig geliefert wurden.

Durch die Lieferung von elf gebrauchten Mi-24P/Mi-35P Kampfhubschraubern im Jahr 2023 hat sich Zypern als viertwichtigster Rüstungslieferant Serbiens zwischen 2019 und 2023 hervorgetan. Frankreich – fünftwichtigster Lieferant von Rüstungsgütern für Serbien im genannten Zeitraum – lieferte 2022 50 tragbare Mistral Boden-Luft-Raketen. Darüber hinaus bestellte Serbien 2021 mindestens sieben Ground Master-200 Luftsuchradargeräte aus Frankreich, von denen bisher eins geliefert wurde. Hinzukommt ein im Jahr 2023 geliefertes Ground Master-400 Luftsuchradargerät aus Frankreich, von dem zwei weitere folgen sollen.

Militärausgaben

Tabelle 5

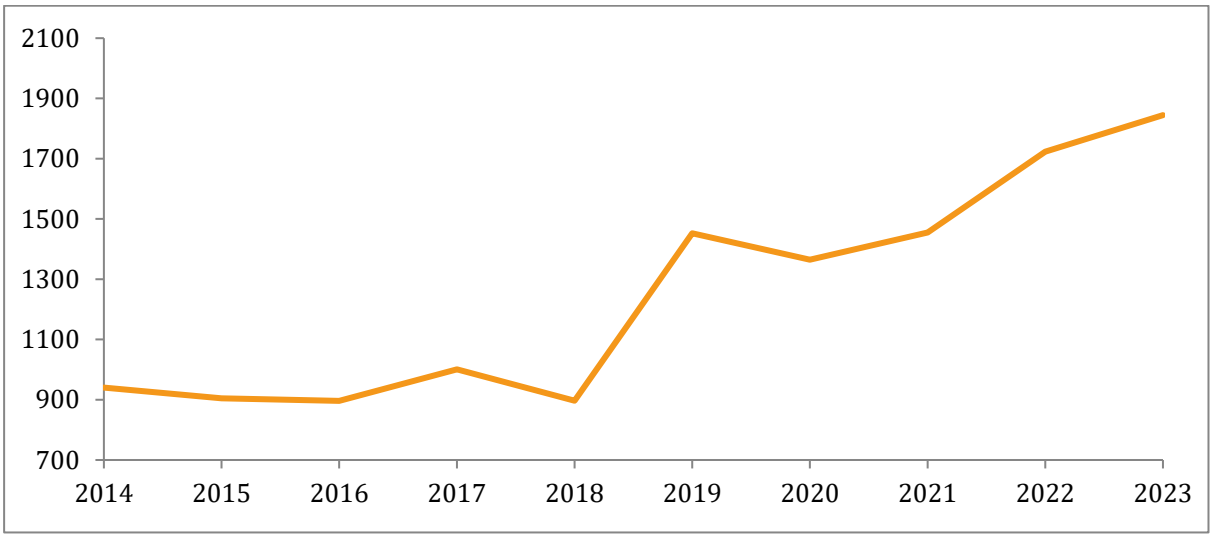
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	1452	1365	1455	1723	1845
Anteil am BIP (in Prozent)	2,5	2,4	2,3	2,7	2,9
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	6,0	4,9	5,0	6,2	6,4

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

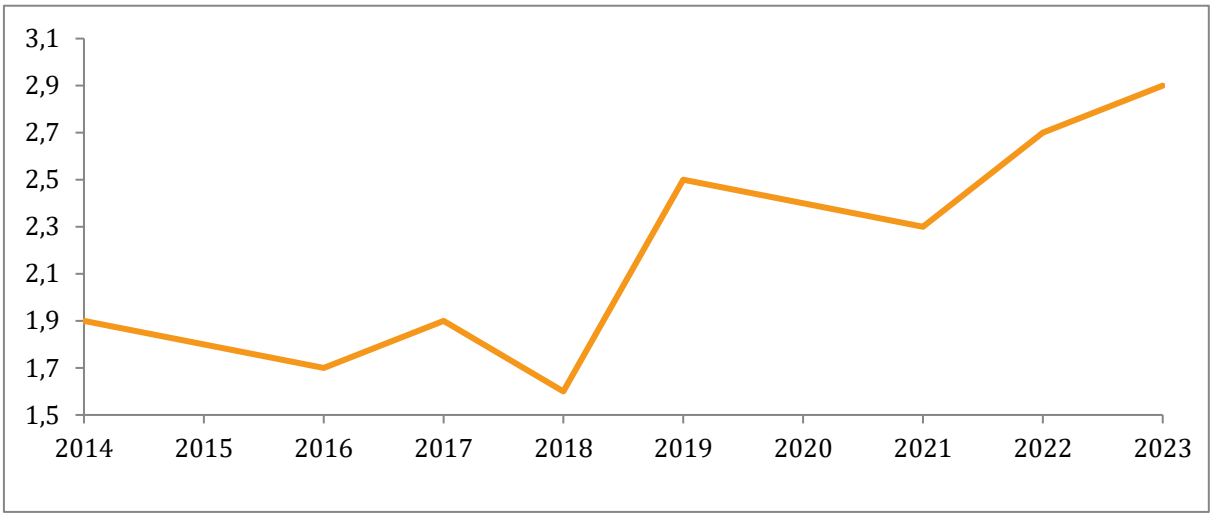
Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2022.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Kommentar

Im Juni 2013 kündigte die serbische Regierung nach jahrzehntelangen Einsparungen im militärischen Sektor an, 79 Millionen Euro in die Sanierung der lokalen Rüstungsindustrie investieren zu wollen. Die Budgetknappheit im Rüstungsbereich konnte in der Vergangenheit

teilweise durch ausländische Spenden kompensiert werden. So empfingen die serbischen Streitkräfte von 2012 bis 2015 insgesamt 68 Spenden im Wert von 18 Millionen Euro, die überwiegend auf die Ausrüstung und die Verbesserung von Training und Bildung der Streitkräfte ausgerichtet waren. Dennoch besteht weiterhin ein dringender Modernisierungsbedarf.

Lokale Rüstungsindustrie

Serbiens Rüstungsindustrie besteht aus über 200 privaten und staatlichen Konzernen und zählt zu den bedeuteten unter den Balkan-Ländern. Produktionskapazitäten bestehen überwiegend im Bereich der auf Raketen- und Artilleriesysteme sowie konventioneller Munition. In Bezug auf komplexe Waffensysteme ist Serbien nach wie vor von Importen abhängig.

Die serbische Rüstungsindustrie ist ein Erbe aus der Zeit Jugoslawiens. Damals spielte die Rüstungsindustrie als Einnahmequelle für Devisen sowie als zentrales Standbein für das wirtschaftliche System eine wichtige Rolle. In den 1990er Jahren blieben unter dem damaligen Präsidenten Milosevic notwendige wirtschaftliche und politische Reformen im Rüstungssektor zur Umstrukturierung der Rüstungsindustrie aus. Stattdessen wurde sie weiterhin stark vom Staat und ohne Auflagen, wie etwa einen Restrukturierungsprozess einzuleiten oder die Effizienz zu verbessern, unterstützt. Im Krieg zwischen der NATO sowie Serbien und Montenegro 1999 wurden zahlreiche Produktionsstätten sowie Forschungs- und Entwicklungsanlagen durch Luftangriffe erheblich beschädigt. Entgegen allgemeiner Berichte war die Rüstungsindustrie jedoch nicht völlig zerstört, sondern eine Vielzahl relevanter Rüstungsunternehmen begann nach Kriegsende erneut mit der Produktion. Auch die Anzahl der Beschäftigten von immerhin 20.000 Menschen zeugen von einer oberflächlich intakten Industrie nach Ende des Krieges. Dennoch wirkten die technologischen Defizite und ineffizienten Strukturen auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiter und die serbische Rüstungsindustrie befand sich nach wie vor in einem strukturell desolaten Zustand. Für notwendige Reformen, Entwicklung und Forschung fehlten die Mittel.

Erst in den letzten Jahren vermochte sich die serbische Rüstungsindustrie zu erholen. Während im Jahr 2008 serbische Rüstungsunternehmen noch für 200 Millionen US-Dollar exportierten, verdoppelte sich die Summe der ausgeführten Rüstungsgüter auf 400 Millionen US-Dollar im darauffolgenden Jahr. Rüstungsexporte haben einen vierprozentigen Anteil am Gesamtexport Serbiens und machen das Land damit zum größten Rüstungsexporteur auf dem Balkan. Im Oktober 2015 teilte der damalige serbische Verteidigungsminister Bratislav Gasic mit, dass sich die Rüstungsexporte 2015 auf einen Wert von 750 Millionen US-Dollar erhöht haben – der größte Anstieg seit 15 Jahren. Gegenwärtig arbeiten immer noch mindestens 10.000 Menschen in der Rüstungsindustrie. Andere Quellen beziffern die Anzahl der Jobs in dem Sektor auf bis zu 32.000. Im Januar 2014 kündigte der damalige serbische Verteidigungsminister jedoch an, dass in der staatlichen Rüstungsindustrie bis Ende 2014 10 Prozent der Arbeitsplätze gestrichen und Neuanstellungen nur noch mit Genehmigungen des Verteidigungsministeriums genehmigt werden würden. Derzeit gibt es sechs bedeutende Rüstungsfirmen in Serbien: Zastava Oruzje, Prvi Partizan, Prva Iskra, Sloboda, Milan Blagojevic and Krusik. Die Gesamtzahl staatlicher und privater Firmen in dem Bereich der Rüstungsproduktion werden auf 180 bis 270 geschätzt.

Produktion und Export von Munition machen den Löwenanteil der serbischen Rüstungsexporte aus. Empfänger für moderne Panzerabwehrmunition oder Mörsergranaten lassen

sich in der ganzen Welt finden, vorwiegend jedoch unter alten Verbündeten Jugoslawiens, wie z. B. Libyen und dem Irak. Einige Rüstungsunternehmen haben Herstellung und Export in den vergangenen Jahren erfolgreich diversifiziert. Inzwischen werden auch mobile Haubitzen, Trainingsflugzeuge, Feuerleitkontroll- und Panzerabwehrsysteme für den Export produziert.

Insgesamt ist eine erfolgreiche Modernisierung der serbischen Rüstungsindustrie festzustellen. Dennoch ist der von der Regierung gewünschte Schritt zur Produktion hochtechnologischer Waffensysteme bis heute nicht erfolgt. Serbiens Anstrengungen, im globalen Rüstungsmarkt eine neue Rolle einzunehmen, werden insbesondere von den staatlichen Rüstungsherstellern unter dem Dach von Yoguimport-SDPR forciert. Bedeutend ist hierbei auch die grenzübergreifende Rüstungskooperation mit Kroatien, die in einem formellen Kooperationsabkommen im Juni 2010 besiegelt wurde. Zuletzt wurde bekannt, dass die Vereinigten Arabischen Emirate 150 Millionen US-Dollar in die serbische Rüstungsindustrie investieren wollen, um Panzerhaubitzen und ALAS Lenkraketen zu entwickeln. Die VAE verfolgen das Ziel, ihre technologischen Fähigkeiten in der Rüstungsindustrie durch Kooperation mit anderen Staaten zu vergrößern.

Ein weiterer wichtiger Akteur ist das Military Technical Institute (MIT), eine Forschungseinrichtung, die verschiedenste Waffensysteme entwickelt und die serbischen Streitkräfte mit bis zu 75 Prozent der verwendeten Waffen und Ausrüstungen beliefert. Das MIT produziert ebenfalls für den Export. Exportschlager der serbischen Industrie sind etwa das Artilleriesystem Nora B-52 (155-mm-Radhaubitze), der ALEKSANDAR MGS-25 (einer Version des B-52 für den arabischen Markt) und die verschiedenen Militärfahrzeuge der Familie Lazar und Milosh sowie die ALAS-Familie (Mehrzweck-Lenkflugkörper, welche teilweise auch zu Aufklärungszwecken genutzt werden können). Ein Exporterfolgsfaktor sind dabei die relativ niedrigen Kosten bei gleichzeitig hoher Qualität. 2020 und 2021 wurden jeweils von serbischen Privatunternehmen auch Drohnen entwickelt und auf den Markt gebracht, eine davon in Kooperation mit China. Auch unbemannte Landfahrzeuge (Little Milosh) und unbemannte Helikopter (Strsljen/X-01) gehören mittlerweile zum Repertoire. Neben China und den VAE kooperieren auch die USA, Griechenland und Zypern verstärkt mit Serbien.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 6 Monate (freiwillig).

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

28.150 aktiv, davon:
Heer: 13.250
Luftwaffe: 5.100
Ausbildungseinheit: 3.000
Wachen: 1.600
Andere Einheiten des Verteidigungsministeriums: 5.200

Reserve: 50.150
Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 3.700, davon:
Gendarmerie: 3.700

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	28,2	28,2	28,2	18,2	28,2	28,2	28,2	28,2
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	4	4	4	2,6	4,1	4,1	4,1	4,2

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7
Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	229	
Schützenpanzer	326	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	160	
Aufklärer	76	
Bergepanzer	Einige	
Brückenlegepanzer	Einige	
Pionierpanzer	Einige	
Artillerie	461	
Panzerabwehr	48	Zusätzlich einige rückstoßfreie Abschussgeräte und tragbare Panzerabwehrlenkwaffensysteme, darunter AT-3 Sagger und AT-4 Spigot
Luftabwehr	Mehr als 94	Zahl der Boden-Luft-Raketen, zusätzlich 56 Geschütze

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Drohnen	6	Kampfdrohnen (CH-92A)

Quelle: IISS Military Balance 2024

Box 2

Weitere Heereinheiten:

River Flotilla:
4 Patrouillenboote
4 Mehrzwecklandungsboote
4 Logistik- und Unterstützungsschiffe
4 Minenboote

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Das Heer ist neben den anderen Teilstreitkräften ebenfalls seit dem Jahr 2000 Teil einer umfassenden Strukturreform, im Rahmen derer die Anzahl der aktiven Soldat:innen radikal verringert wurde. Seit der Abschaffung der Wehrpflicht im Jahr 2011 hat das Heer massive Probleme, weiterhin ausreichend Personal zu rekrutieren. Traditionell ist das Heer die wichtigste Teilstreitkraft und primär auf die Landesverteidigung ausgerichtet. Das aktuelle White-Paper zur Verteidigungspolitik sieht eine weitgehende Neutralität des Landes vor, welches jedoch über einen Individual Partnership Action Plan Beziehungen zur NATO und traditionell gute Beziehungen zu Russland pflegt.

Das serbische Heer ist mit vorwiegend veraltete Rüstungsgüter aus dem ehemaligen Jugoslawien ausgestattet. Einige der Güter sollen einer modernen Kampfwertsteigerung unterzogen und altes Gerät aussortiert werden. 2017 kündigte Russland eine zeitnahe Lieferung von 30 T-72 Kampfpanzern und 30 gepanzerten Fahrzeugen (BRDM-2MS) als Schenkung an, 2021 wurden diese übergeben. Mit insgesamt 229 Kampfpanzern, 326 Schützenpanzern und 461 Artilleriegeschützen ist die Ausstattung des Heeres rein quantitativ und gemessen an der Größe des Landes recht umfangreich.

Erklärtes Ziel der serbischen Regierung ist es, das Militär europäischen bzw. NATO-Standards anzugleichen und gleichzeitig für Einsätze der Vereinten Nationen vorzubereiten. Hierzu hat Serbien auch im Jahr 2014 auch einen Individual Partnership Action Plan mit der NATO unterzeichnet. Neben einer Professionalisierung der Armee im Zuge der Reform ist die politische Führung ebenfalls bestrebt, moderne Waffen und Ausrüstung anzuschaffen, um das Heer auf zukünftige Aufgaben vorzubereiten. So soll etwa der Bestand von (selbstfahrenden) Luftabwehrsystemen verbessert werden, wie auch die Bestellung von 50 Boden-Luft-Raketen im Jahr 2019 zeigt. Auch die Fähigkeiten im Bereich der elektronischen und Cyber-Kriegsführung sollen in naher Zukunft verbessert werden.

Tabelle 8
Marine

Die serbische Marine wurde nach der Unabhängigkeit 2006 nach Montenegro transferiert. Lediglich die Fluss-Flotille (Danube Flotilla) ist unter serbischer Kontrolle verblieben und wurde den Landstreitkräften zugeordnet.

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Serbiens Marine wurde mit der Abspaltung Montenegros an dieses Land übergeben. Angesichts des Verlusts von Zugängen zum Meer und den Seehäfen verfügt Serbien heute lediglich über eine Flottille, die jedoch im Zuge der Militärreform den Landstreitkräften unterstellt wurde. Aufgabe der Marineeinheit ist es, die nationalen Wasserstraßen zu schützen. Mit Ausnahme des Kommandoschiffs, das aus österreichischer Produktion stammt, verfügte die serbische Marine über Schiffe aus dem ehemaligen Jugoslawien, vorwiegend Minensuchboote und kleinere Patrouillenboote.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeuge	14	
Jagdbomber	Bis zu 18	
Aufklärungsflugzeuge	10	Alle kampffähig; alle eingelagert
Ausbildungsflugzeuge	44	Davon 19 kampffähig
Transportflugzeuge	9	
Kampfhubschrauber	6	
Mehrzweckhubschrauber	52	
Transporthubschrauber	8	
Raketen	Einige	u. a. AA-8 Aphid, AGM-65 Maverick, A-77 Thunder
Luftabwehr	Mehr als 49	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Serbiens Luftwaffe ist mit 5.100 Soldat:innen relativ klein und umfasst derzeit 51 Kampfflugzeuge. Primäre Aufgabe ist gegenwärtig der Schutz und die Kontrolle des Luftraums und die Unterstützung der Bodentruppen. Den Kern der Luftwaffe bilden russische Abfangjäger der Typen MiG-29 UB/SE/C und Erdkampfflugzeuge des Typs J-22 Orao 1. Zwischen 2007 und 2008 wurden bis zu fünf der 14 MiG-29 generalüberholt und modernisiert, dennoch gelten die Flugzeuge als veraltet. Insbesondere seit dem russischen Angriffskrieg und den gegen Russland verhängten Sanktionen ist die Einsatzfähigkeit dieser Flugzeuge aufgrund Ersatzteilmangels stark eingeschränkt. Im Jahr 2024 wurde daher bekannt, dass diese durch 12 vermutlich gebrauchte französische Flugzeuge des Typs Rafale ersetzt werden sollen.

Ebenfalls ersetzt werden sollen seit längerem sowohl die immer noch im Einsatz befindlichen Erdkampfflugzeuge des Typs J-22 Orao und die Strahltrainer des Typs Galeb G-4. Erstere wurden in Jugoslawien entwickelt und produziert, sind aber heute nur noch in der serbischen Luftwaffe im Einsatz. Teile der Galeb G-4 Flotte wurden ebenfalls bereits einer Modernisierung unterzogen. Seit einigen Jahren bestehen Pläne beide Typen zu ersetzen. Im Gespräch sind dabei Maschinen des Typs Boeing T-7A oder Alenia Aermacchi M-346 Master.

Um die Luftverteidigung sicherzustellen und die Unterstützung von Bodentruppen zu garantieren, hat Serbiens Regierung ebenfalls Teile der Hubschrauberflotte in den vergangenen Jahren modernisiert. Deutschland lieferte hierzu zwischen 2018 und 2020 sechs EC145 Helikopter, elf weitere Exemplare sind bestellt. Der serbischen Luftwaffe mangelt es derzeit jedoch noch immer an Pilot:innen.

Box 3

Peacekeeping

Libanon (UNIFIL): 182 Soldat:innen
Mittlerer Osten (UNTSO): 1 Soldat:in
Somalia (EUTM Somalia): 6 Soldat:innen
Zentralafrikanische Republik (EUTM RCA): 7 Soldat:innen
(MINUSCA): 74 Soldat:innen
Zypern (UNFICYP): 8 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2024

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Traditionell verfügt das serbische Militär über eine starke Position innerhalb der Gesellschaft und erinnert noch heute teilweise in seiner Funktion und Rolle an das des ehemaligen Jugoslawiens. Damals war es nicht nur eines der stärksten innerhalb Europas, sondern auch ein Stützpfeiler der Gesellschaft. Die historische Verankerung geht einerseits auf ihre bedeutende Rolle bei dem Aufbau des serbischen Staates, andererseits auf ihre Rolle als soziale Aufstiegsmöglichkeit für die unteren Schichten der Gesellschaft zurück.

Im Gegensatz zu der Zeit Jugoslawiens war das Militär in Serbien jedoch nicht von der gesamten Bevölkerung so anerkannt. Insbesondere die Jugend und junge Erwachsene nahmen

eine kritische Position gegenüber dem Militär ein. Weil Milosevic (Präsident des (sozialistischen) Serbiens und Jugoslawiens; 1989–2000) dem Militär misstraute, versuchte er seinen Einfluss durch den Ausbau der Polizei und des Geheimdienstes zurückzudrängen. Während der Aufstände im Jahr 2000 intervenierte das Militär nicht und trug so maßgeblich zum Sturz von Milosevic bei. Nach seinem Sturz übernahm das Militär erneut wichtige Funktionen innerhalb des Staates und konnte seine Position festigen.

Infolge zahlreicher Konflikte und dem Einsatz des Militärs im Inneren haben sich Funktion und Ansehen des Militärs innerhalb der Gesellschaft maßgeblich gewandelt. Seit Ende des Kalten Krieges kommt dem Militär eine eher zwiespältige Rolle zu. So untergrub es teilweise demokratische Bestrebungen, war andererseits teilweise aber auch Katalysator für diese. Hinzu kommt, dass das Militär lange Zeit mit Kriegsverbrechen in Verbindung gebracht wurde. Nach Reformen wurde das Ansehens der Streitkräfte jedoch wieder deutlich verbessert. Nach dem Sturz Milosevics sollte eine demokratische Kontrolle über das Militär etabliert werden. So wurde z. B. der Generalstab dem Verteidigungsministerium unterstellt, das nach den Verfassungsänderungen von 2003 und 2006 sowie der Militärreform zivil geführt wird. Dennoch ist das serbische Parlament bis heute sehr zurückhaltend und zögerlich bei der Ausübung von Kontrollfunktionen. Durch einige Gesetzesänderungen verfügt die Bevölkerung ebenfalls über gewisse Kontrollfunktionen. So kann die Zivilgesellschaft durch ein Mehr an Transparenz und öffentlicher Aufmerksamkeit, etwa im Bereich des Verteidigungsbudgets, stärkere Kontrollfunktionen ausüben. Dennoch bergen demokratische Rückschritte in den letzten Jahren und der ungeklärte Status des Kosovo das Potenzial für erneute Militarisierungstendenzen.

Mit Beginn des Jahres 2011 wurde die Wehrpflicht in Serbien offiziell abgeschafft. Diese Maßnahme wird regelmäßig öffentlich debattiert, hatte auf die Verankerung der Streitkräfte innerhalb der Gesellschaft und ihr Ansehen aber bisher keine großen Auswirkungen. Eine Erhebung im Jahr 2013 ergab, dass die Streitkräfte weiterhin ein hohes Ansehen in der serbischen Bevölkerung genießen und das Militär für die Bürger:innen zu einer der vertrauenswürdigsten Institutionen zählt. Auch einer Umfrage des Belgrader Zentrums für Sicherheitspolitik im Jahr 2020 zufolge haben 65 Prozent der Befragten Vertrauen in die Streitkräfte und halten sie für die am wenigsten korrupte Institution des Landes. 73 Prozent der Befragten sind für die Wiedereinführung der Wehrpflicht, was jedoch nicht auf ein verstärktes Sicherheitsbedürfnis zurückgeht, sondern von einer Mehrzahl der Befürworter:innen mit einer Disziplinierung der Jugend und Traditionen begründet wird. In diesem Sinne wird dem Militär also auch eine erzieherische Funktion zugeschrieben, vor allem aber unter älteren Befragten. Diese Befunde stützen auch Ergebnisse des jüngsten World Values Survey (Erhebungswelle 2017-2022), denen zufolge 42,8 Prozent der serbischen Befragten dem Militär ihr Vertrauen aussprechen, während 18,2 Prozent sogar sehr großes Vertrauen ins Militär äußern. Gleichzeitig haben 28,9 Prozent der Befragten nicht viel Vertrauen ins Militär und 7 Prozent gar keins.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.
https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Parallel zur Militärreform begann trotz zahlreicher Hindernisse eine weitreichende und umfassende Sicherheitssektorreform. Fast zehn Jahre nach Beginn der Reform konnte im Jahr 2009 mit der Verabschiedung des zukünftigen rechtlichen Rahmens und der Etablierung demokratischer Kontrollmechanismen die erste Phase der Reform abgeschlossen werden.

Neben dem Militär sind insbesondere die Polizei und der Geheimdienst Gegenstand der Sicherheitssektorenreform. Derzeit verfügt Serbien über drei Geheimdienste: Einen zivilen, den Security Information Service (BIA), und zwei militärische, den Military Intelligence Service (VOA) und die Military Security Agency (VBA). Eine Reform des Geheimdienstes ist weiterhin aufgrund der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen nur äußerst begrenzt möglich. Nach dem Ende des Milosevic-Regimes war der politische Wille der neuen Führung nicht ausreichend, um die illegalen Aktivitäten und den politischen Einfluss des Geheimdienstes zu unterbinden und Strukturen zu reformieren. Es wurden einige Gesetze geändert und Strukturen zur Überwachung des Geheimdienstes innerhalb des Parlaments geschaffen. Letztere sind jedoch unzureichend und stellen lediglich den Beginn einer wirklichen Reform dar. In der Praxis ist die parlamentarische Kontrolle kaum funktionsfähig, da sie nicht ausgeübt wird. Selbst das Verteidigungsministerium forderte öffentlich, die Kontrolle über den Geheimdienst zu stärken und zu verbessern.

Eine umfassende Polizeireform stand nach dem Sturz Milosevics ganz oben auf der politischen Tagesordnung und blieb dort während der verschiedenen Regierungen in den letzten Jahren, da die Polizei als Instrument des Milosevic-Regimes galt und daher innerhalb der Gesellschaft kein hohes Ansehen genoss. Auch wenn der politische Wille vorhanden ist, vollzog sich die Reform eher auf der politischen Ebene, während es bei der Umsetzung und Implementierung in der Praxis weiterhin Defizite zu bemängeln gibt. Durch eine unsystematische Umsetzung der Reform, ohne größeren Plan und Strategie, sind die eigentliche Ziele, die Polizei zu de-kriminalisieren, de-politisieren, de-militarisieren sowie eine Dezentralisierung einzuleiten, bis heute nur bedingt erreicht. Gegenwärtig unterstehen die etwa 28.000 uniformierten Polizist:innen des Landes dem Innenministerium und sind u. a. unterteilt in Zoll, Kriminalpolizei, Grenzpolizei sowie zwei Anti-Terror-Einheiten, die „Special Antiterrorist Unit" und die „Counterterrorist Unit".

Außer den staatlichen Sicherheitskräften gibt es ebenfalls einen großen Markt privater Sicherheitsanbieter, der im letzten Jahrzehnt deutlich gewachsen ist. Mit dem Beginn der Sicherheitssektorreformen und der damit verbundenen Verkleinerung der Streitkräfte und der

Polizei drängten viele Menschen auf den Markt, um ihre Fähigkeiten anzubieten. Schätzungen zufolge gibt es derzeit etwa 3.000 private Sicherheitsunternehmen, die annährend 30.000 Menschen beschäftigen.

Der o. g. Umfrage des Belgrade Centres for Security Policy zufolge wird die Polizei im Jahr 2020, im Gegensatz zu den Streitkräften, von mehr als 70 Prozent der Befragten als überwiegend oder vollständig korrupt bezeichnet. Auch gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, die Polizei schütze nicht die Bürger:innen, sondern die Interessen von Kriminellen, Politiker:innen und Reichen. Diese Wahrnehmung wird auch vom Global Crime Index geteilt. Der Index nennt Korruption und Verbindungen zwischen kriminellen Netzwerken und Polizei als Hauptgrund, wieso Ermittlungen gerade im Wirtschaftssektor erfolglos bleiben. Trotz den Korruptionsvorwürfen gibt es keine unabhängige Kontrollinstanz für die Polizei. Der Amnesty International Report 2023 berichtet von rechtswidriger Gewalt und diskriminierende Maßnahmen von Polizist:innen gegen Demonstrant:innen.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Nicht beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Serbien ist dem Großteil der internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge beigetreten und bekennt sich zur Bedeutung der internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsanstrengungen im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler sowie regionaler Initiativen. Serbien ist als Nachfolger des ehemaligen Jugoslawiens Mitglied der regionalen Rüstungskontrollvereinbarung mit Bosnien und Herzegowina und Kroatien, das die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme in den Ländern begrenzen soll und ihnen Recht zur Inspektion einräumt. Im Jahr 2016 stimmte Serbien gegen die Resolution der UN-Generalversammlung, mit der das formale Mandat für die Staaten zur Aufnahme von Verhandlungen über „ein rechtsverbindliches Instrument zum Verbot von Kernwaffen, das zu ihrer vollständigen Abschaffung führt", festgelegt wurde. Serbien hat 2017 nicht an den Verhandlungen über den AVV bei den Vereinten Nationen in New York teilgenommen und somit auch nicht über dessen Annahme abgestimmt.

Gegen Serbien sind derzeit weder Sanktionen der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Serbia during the year.

Siehe Report 2022:
The Republic of Serbia is a constitutional, multiparty, parliamentary democracy, led by a president. In April, the country held regular elections simultaneously for seats in the unicameral National Assembly (parliament) and for the presidency. International observers stated the country efficiently organized the elections, but the dominance of the ruling party, the opposition parties' lack of access to the media, and the lack of media diversity limited voters' choice. A coalition led by President Aleksandar Vucic's Serbian Progressive Party lost its absolute majority in parliament, winning 43.2 percent of the vote as opposition parties rejoined parliament following their boycott in 2020. Irregularities in the April elections required revoting at approximately 100 polling stations. Although irregularities had a minimal effect on overall results, they delayed certification of the presidential election by a month and parliamentary elections by three months. The national police maintain internal security and are under the control of the Ministry of Interior. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. Members of the security forces committed some abuses. Significant human rights issues included credible reports of: torture or degrading treatment at police establishments; harsh prison conditions; serious problems with the independence of the judiciary; serious restrictions on free expression and the press, including violence, threats of violence, and unjustified arrests and prosecutions against journalists; serious government corruption; lack of investigation of and accountability for gender-based violence including domestic or intimate partner violence, sexual violence, and early marriage among Romani children; trafficking in persons; and crimes, including violence, targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, and intersex individuals. The government took steps to identify, investigate, prosecute, and punish officials who committed human rights abuses, both in the police force and elsewhere in the government, following public exposure

of abuses. Nevertheless, many observers believed numerous cases of corruption, social and domestic violence, attacks on civil society, and other abuses went unreported and unpunished.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/serbia

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

The institutional glorification of convicted war criminals overshadowed the slow prosecution of outstanding war crimes. Independent and investigative journalists and activists faced threats, vilification and punitive civil proceedings. A proposed Law on Internal Affairs further threatened the right to freedom of assembly. Roma were disproportionately denied access to social assistanceThe institutional glorification of convicted war criminals overshadowed the slow prosecution of outstanding war crimes. Independent and investigative journalists and activists faced threats, vilification and punitive civil proceedings. A proposed Law on Internal Affairs further threatened the right to freedom of assembly. Roma were disproportionately denied access to social assistance.

Quelle: Amnesty International Report April 2024
https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024

Bewertung für Serbien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:
Bürgerliche Rechte: 39/60
Politische Rechte: 18/40
Gesamtbewertung: Teilweise frei (57/100)
Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024

Serbia is a parliamentary democracy with competitive multiparty elections, but in recent years the ruling Serbian Progressive Party (SNS) has steadily eroded political rights and civil liberties, putting pressure on independent media, the political opposition, and civil society organizations.

Quelle: https://freedomhouse.org/country/serbia/freedom-world/2024

Kommentar

Seit den Parlamentswahlen 2016 und der Machtübernahme von Aleksandar Vucic in Folge der Präsidentschaftswahlen 2017 hat sich die Menschenrechtslage in Serbien verschlechtert, was sich mit den Parlamentswahlen 2020, die von zahlreichen Oppositionsparteien boykottiert wurden und zu einem erneuten Wahlsieg der SNS-Koalition führten, manifestiere.

Amnesty International zufolge hat die zunehmend autoritäre Regierung die Medienfreiheit aktiv eingeschränkt. Während Medien, die die Regierung unterstützen, mit finanziellen Mitteln gefördert werden, werden regierungskritische Medien mittels auferlegter Steuern und gerichtlicher Verfahren schikaniert sowie eingeschüchtert. Hat Serbien im Ranking von „Reporter ohne Grenzen" im Jahr 2017 noch auf Platz 66 von 180 Staaten gelegen, rangierte es im Jahr 2020 und 2021 nur noch auf Platz 93. 2023 belegte es jedoch den 91. Platz. Neben dem unzureichenden Schutz von Journalist:innen ist auch die Situation von Menschenrechtsaktivist:innen teils prekär. Viele werden regelmäßig bedroht und erfahren Einschüchterungsversuche. Straflosigkeit und Korruption im Sicherheitssektor sowie die Missachtung von Rechten durch die Polizei und in den Gefängnissen sind in Serbien große Probleme. Immer wieder werden Berichte über korruptes Verhalten der Polizei oder über rechtswidrige Verhaftungen veröffentlicht. Auch Übergriffe durch die Polizei und die Androhung von Gewalt sind verbreitet. Die Rechtsstaatlichkeit wird von der Regierung zunehmend untergraben. Jüngste von der Regierung verabschiedete Gesetze machen die Judikative abhängiger von der Regierung und weniger widerstandsfähig gegenüber politischem Druck.

Weitere Defizite im Bereich Menschenrechte bestehen etwa in Bezug auf den Minderheitenschutz und den Kampf gegen Diskriminierung. Beim Minderheitenschutz gibt es keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen und in der Praxis sehen sich die betroffenen Gruppen, wie z. B. die Rom:nja und Sinti:zze, häufig sozialer Exklusion und ärmlichen Lebensumständen ausgesetzt. LGBTQIA+-Personen waren weiterhin Intoleranz, Drohungen und Gewalt ausgesetzt. Zwischen Januar und September 2023 registrierte eine lokale LGBTQIA+-Unterstützungsgruppe, Da Se Zna!, 32 hassmotivierte Vorfälle gegen LGBTQIA+-Personen, darunter sieben tätliche Angriffe und fünf Drohungen. Im August erklärte Präsident Aleksandar Vučić, dass er kein Gesetz zur Anerkennung eines dritten Geschlechts oder der gleichgeschlechtlichen Ehe unterzeichnen werde, solange er Präsident sei. Im Februar griffen Unbekannte drei LGBTQIA+-Personen im Zentrum von Belgrad an. Ein Opfer wurde mit einem Messer niedergestochen, die beiden anderen mit einer zerbrochenen Flasche verletzt. In der folgenden Nacht wurde ein weiteres Opfer in einem Club von Sicherheitskräften verletzt. Im Mai verwüstete ein Unbekannter das Belgrade Pride Info Center, indem er die Fenster des Centers und das Logo von Belgrade Pride mit roter Farbe besprühte. Dies war der 18. Angriff auf das Zentrum seit 2018.

Laut einem Bericht des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte ist die Gewalt gegen Frauen mit 190.000 gemeldeten Fällen zwischen 2017 und 2021 nach wie vor weit verbreitet. Insgesamt haben 21,6 Prozent der Frauen eine Form von Gewalt erlebt und 10 Prozent körperliche oder sexuelle Gewalt.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Serbia's political system continues to be characterized by the overbearing position of President Vučić and the dominance of his Serbian Progressive Party (SNS). However, following the 2022 elections, authentic opposition parties entered parliament.

Parliamentary oversight of the executive remains limited, which weakens the democratic accountability of the executive. The status of independent bodies such as the ombudsman and the commissioner for public information and personal data continues to deteriorate, limiting their public impact. Minority rights are generally respected in accordance with the constitution, which defines Serbia as a multicultural country. However, the independence and pluralism of the media continue to face increasingly serious challenges. The judiciary is subject to political influence and continues to suffer from inefficiency, nepotism and corruption. Corrupt practices provide room for extensive patronage networks that are used to gain or retain power through elections. Furthermore, the judiciary and prosecutors are under the influence of the executive branch. Additionally, many corruption scandals escape investigation and prosecution.
[…]

The status of Kosovo is still unresolved, with a Franco-German proposal launched in the summer of 2022 serving as a foundation for ongoing negotiations. Relations with neighboring Western Balkan countries have not seen substantial improvement, primarily due to the political statements and actions of Serbian state officials. President Vučić and the ruling party face significant challenges in reconciling their public support for Ukraine's integrity with the strong support that the regime media has shown for Russia in the ongoing conflict. The country's main strategic goal remains EU accession; however, the process has significantly slowed, with only four negotiating chapters opened in 2021 and none in 2022.
Quelle: *https://bti-project.org/en/reports/country-report/SRB*

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Serbien 36 Punkte (2022: 36 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Algerien, Brasilien und die Ukraine. Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle:*2023 Corruption Perceptions Index: Explore the… - Transparency.org*

Spannungen und innere Konflikte

Einen der größten Konflikte im Land stellt die Abspaltung Kosovos im Jahr 2008 dar. Seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung kämpft auf der einen Seite die albanische Mehrheit des Kosovo um ihre staatliche Anerkennung. Auf der anderen Seite besteht die serbische Regierung weiterhin darauf, dass der Kosovo ein integraler Bestandteil Serbiens ist. Während beide Regierungen versuchen den Konflikt diplomatisch zu lösen, kommt es in der Grenzregion, insbesondere in der Stadt Mitrovica, immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der albanisch stämmigen Bevölkerung und den im Kosovo lebenden Serb:innen. Nur mit Hilfe internationaler Truppen und der kosovarischen Polizei können die Gruppen getrennt werden. Auch der Versuch der kosovarischen Regierung, im serbisch dominierten Teil des Landes mehr administrative Kontrolle durch den Aufbau von Verwaltungsstrukturen zu erlangen, führte zu gewaltsamen Protesten und Ausschreitungen. Im Januar 2017 kam es zur Zunahme an Spannungen zwischen dem Kosovo und Serbien. Der Höhepunkt war die Entsendung eines mit serbischen Nationalfarben und nationalistischen Parolen versehenen Personenzugs. Der Kosovo reagierte mit einer Grenzverstärkung durch Spezialeinheiten und bewaffnete Fahrzeuge. Unter EU-Vermittlung trafen sich beide Staaten in Brüssel zu einem „Dialog der Normalisierung". 100 Staaten haben den Kosovo mittlerweile als unabhängigen Staat anerkannt, darunter 23 EU-Mitgliedsstaaten. 2020 trafen sich beide Konfliktparteien

dann im Weißen Haus in den USA und unterzeichneten eine weitere Übereinkunft, die den Konflikt entspannen soll und zunächst gegenseitige Versprechen zu Maßnahmen für das nächste Jahr enthält. In der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2022 kam es erneut zu enormen Spannungen, die sich im Dezember weiter zuspitzen – eine erneute Eskalation des Konflikts ist daher durchaus möglich (hierzu mehr unter dem Kapitel Grenzkonflikte). Ende November 2024 erst beschuldigte Kosovo erst Serbien für eine Explosion, die zwischenzeitlich die Strom- und Wasserversorgung von kosovarischen Städten aussetzte.

Seit 2015 zeichnet sich eine zunehmende Thematisierung der stark gestiegenen Zahl von Geflüchteten ab, die zumeist auf die Weiterreise in die EU warten. Seit Juli 2016 werden aufgrund dessen Soldat:innen an den Grenzen eingesetzt. Insgesamt geht Serbien in Relation zu den Nachbarstaaten mit geringerer Restriktion und politischer Mobilisierung gegen die Geflüchteten vor. Aufgrund der unzureichenden infrastrukturellen Mittel und einer sich andeutenden staatlichen Überforderung ist ein Wandel dieser Politik jedoch nicht auszuschließen. Die deklarierte Schließung der Balkanroute konnte die Situation für Serbien nicht hinreichend entschärfen. Insbesondere durch die restriktive Politik Ungarns, wo Geflüchtete bis zu acht Kilometer hinter der Grenze nach Serbien zurückgeschickt werden, ist das Land zu einer Art Sackgasse für geflüchtete Menschen geworden.

Im Nachgang der Wahlen 2016-2017 und der zunehmenden Entwicklung zum Einparteienstaat unter der Regierung von Präsident Vucic brachen Ende 2018 die weitreichendsten Proteste seit der Jahrtausendwende aus. Anlass waren zahlreiche Skandale, in die Regierungsmitglieder verwickelt sind. Angefangen in Belgrad sind Demonstrationen dann auch in anderen Städten entstanden. Die Regierung hat die Protestierenden regelmäßig öffentlich dämonisiert. Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie haben sich massive Proteste gegen die von der Regierung erlassenen Maßnahmen entwickelt. Im Zuge dessen kam es zu gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei, welche Tränengas einsetzte, sowie einem Sturm auf das Parlamentsgebäude durch die Demonstrierenden.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Serbien liegt im südwestlichen Teil des Balkans und somit am Rande des ehemaligen Jugoslawiens, das nach dem Krieg in den 1990er Jahren zerfiel. In unmittelbarer Nachbarschaft liegen Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Ungarn, Rumänien und Bulgarien sowie der Kosovo. Aufgrund der geographischen Nähe zur EU besteht seitens der EU-Mitgliedsstaaten ein direktes sicherheitspolitisches Interesse an dem Land und der gesamten Region. Das internationale Engagement des Westens in den Ländern des Balkans ist stark sicherheitspolitisch geprägt, politische und wirtschaftliche Entwicklung treten in den Hintergrund.

Politische Situation in der Region

Sowohl die politische Situation als auch die allgemeine Konfliktlage in der Region bleiben instabil und angespannt. Die Konflikte der Vergangenheit, wie etwa in Mazedonien, im Kosovo sowie dem föderalen Staatsgebilde Bosnien und Herzegowina, zeigen, dass selbst mehr als jahrzehntelanges internationales Engagement nicht verhindern konnte, dass die (sicherheits-)politische, wirtschaftliche und soziale Situation auf dem Balkan weiterhin

problematisch ist. Dabei waren nicht nur die internen Zerfallsdynamiken in dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens entscheidend. Negativ auf die Stabilisierung der Balkanländer wirken sich auch die weiterhin schwachen Staatsstrukturen, die unzureichenden wirtschaftlichen Fortschritte und die vielen ungelösten ethnischen Spannungen und Konflikte aus, die wiederum durch die neu geschaffenen föderalen Staatsstrukturen teilweise noch verschärft wurden. Einige Fortschritte in Bezug auf politische und gesellschaftliche Stabilität sowie positive wirtschaftliche Entwicklungen im Zuge eines möglichen EU-Beitritts einiger Länder der Region werden immer wieder von organisierter Kriminalität und illegalem Waffenhandel bedroht. Die Unabhängigkeit des Kosovo sorgt für weitere Spannungen in der Region und entfacht besonders in Serbien einen politischen Streit. Während die serbische Regierung versucht, die Abspaltung und Unabhängigkeit des Landes mit politisch-diplomatischen Mitteln zu bekämpfen, ist es der Druck serbischer Nationalist:innen auf der Straße, der zu weiteren Anspannungen führt (mehr unter Grenzkonflikte).

Im Februar 2015 entschied der Internationale Gerichtshof, dass sowohl Serbien als auch Kroatien vom Vorwurf des Völkermordes freigesprochen werden. Die beiden Staaten hatten sich gegenseitig verklagt. Im Januar 2016 kam es erneut zu Spannungen zwischen den beiden Ländern. Serbien warf Kroatien insbesondere vor, dass der Staat mit Hilfe der USA und der NATO massiv aufrüsten würde. Serbien appellierte deshalb an Washington, durch Waffenlieferungen das militärische Gleichgewicht im Balkan nicht zu gefährden und initiierte Gespräche mit Russland über mögliche Gegenmaßnahmen.

Grenzkonflikte

Zwischen Serbien und dem Kosovo schwelt seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung ein offener Grenzkonflikt. Da Serbien den kosovarischen Zollstempel nicht akzeptiert und anerkennt, kann der Kosovo keinerlei Waren nach Serbien exportieren. Im Sommer 2011 eskalierte der Konflikt, als die kosovarische Spezialpolizei Grenzposten besetzte, um ein Importembargo gegen serbische Waren durchzusetzen. Im Zuge dessen kam es an der Grenze zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Spezialpolizei und serbischen Nationalist:innen, bei denen mehrere Menschen verletzt und getötet wurden. NATO-geführte Truppen der KFOR besetzten daraufhin die Grenzposten, um die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen und weitere Gewalt zwischen den ethnischen Gruppen zu verhindern. Die Gewalt konnte zunächst eingedämmt werden. Unter Vermittlung der EU wurde im April 2013 einem Normalisierungsabkommen zwischen dem Kosovo und Serbien zugestimmt, durch das festgelegt wurde, dass der serbischen Minderheit im Nord-Kosovo ein Selbstverwaltungsrecht zusteht, jedoch dem Kosovo-Staatsverband angehört. Dazu wurden diesen Gebieten bspw. eigene Polizeieinheiten zugesprochen, die aber als Teil der kosovarischen Polizei agieren. Zudem soll ein spezielles Berufungsgericht für Serb:innen geschaffen werden. Die serbische Minderheit im Kosovo wehrt sich teilweise dennoch dagegen, kosovarisches Personal in das von ihr beanspruchte Gebiet zu lassen. Im Zuge der Verhandlungen konnte keine Einigung zu den Blockadeversuchen Serbiens, die einen Zugang des Kosovo zu internationalen Organisationen verhindert, gefunden werden. Im Januar 2014 bestätigte die damalige Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini trotz der Zweifel an der Umsetzung des Normalisierungsabkommens dessen Erfolg, was die Basis für die darauffolgenden EU-Beitrittsverhandlungen darstellte. Im September 2020 kam es zur Annäherung, als beide Konfliktparteien unter Vermittlung der US-Regierung ein Übereinkommen

unterzeichneten, in dem wirtschaftliche sowie diplomatische Vereinbarungen getroffen wurden (etwa die Einrichtung einer Freihandelszone).

Im Jahr 2022 spitzte sich die Lage im Norden Kosovos jedoch erneut zu. Ein Streit um die Nutzung von serbischen Autokennzeichen in der kosovarischen Grenzregion führte zunächst zu Spannungen. Bald darauf kam es jedoch zu einer Einigung beider Länder unter EU-Vermittlung. Seither verschärften mehrere Zwischenfälle (Straßenblockaden, Verhaftung eines ethnisch serbischen Ex-Polizisten und Schließung des Grenzübergangs Jarinje) die Sicherheitssituation jedoch erneut. So legten unter anderem serbisch stämmige Polizeibeamte der Region ihren Dienst nieder und die kosovarische Regierung verlegte entsprechend ethnisch albanische Polizist:innen in die Region, unter anderem auch zur Vorbereitung der für den 18. Dezember anstehenden Kommunalwahlen. Zudem kam es auch zu einem Angriff auf eine Aufklärungspatrouille der Eulex-Mission. Im Dezember 2022 sollen serbische Streitkräfte in unmittelbare Nähe der Grenze verlegt worden sein. Zudem bat Serbien um die Stationierung serbischer Truppen im Kosovo durch die KFOR. Die Wahlen wurden aufgrund von Explosionen und Schüssen auf Polizeieinheiten auf April 2023 verschoben. Nachdem ethnische Serb:innen im Norden Kosovos die Wahl im April 2023 boykottierten, soll diese – auf Druck der EU hin – neu abgehalten werden. Die Wahlbeteiligung in den entsprechenden Gebieten lag lediglich bei rund vier Prozent. Durch die EU initiierte Gespräche wurden im Oktober 2023 jedoch erneut ergebnislos abgebrochen. Die Situation bleibt also derzeit weiterhin äußerst prekär. Weitere Infos zum Konflikt und aktuelle Entwicklungen finden Sie hier.

Zwischen Serbien und Kroatien gab es gleichfalls ungelöste Grenzfragen. Serbien beanspruchte zwei kleine Inseln in der Donau, während die kroatische Grenze teilweise durch serbische Dörfer verläuft. Nach kontinuierlicher Verbesserung der Beziehung zwischen den beiden Ländern konnte im Juni 2016 ein als historisch bezeichneter Pakt beschlossen werden, durch den die Grenzkonflikte beigelegt wurden und den jeweiligen Minderheiten in den Ländern mehr Rechte zugesprochen werden sollen. Die Beziehung gilt jedoch weiterhin als angespannt und die langfristige Anerkennung der Einigung als ungewiss.

Bosnien und Herzegowina und Serbien streiten sich ebenfalls über ungelöste Grenz- und Territorialfragen entlang der Flüsse Drina und Lim. Serbische Dörfer sind vom Territorium Belgrads abgeschnitten. Nach vier Jahren Stillstand haben beide Staaten im Mai 2010 wieder diplomatische Verhandlungen aufgenommen. Serbien hat einen Landtausch vorgeschlagen, eine Einigung konnte aber noch nicht gefunden werden. Die Beziehungen Serbiens zu seinen Nachbarn sind nach wie vor angespannt.

Im Zusammenhang mit den immensen Fluchtbewegungen nach Europa kam es vermehrt auch zu Spannungen zwischen Ungarn und Serbien. Im Juli 2016 trat in Ungarn ein Gesetz in Kraft, demzufolge Personen ohne gültige Einreisedokumente innerhalb eines acht Kilometer breiten Streifens hinter der serbisch-ungarischen Grenze in Transitzonen zurückgebracht werden können. Somit wird die Verantwortung faktisch wieder auf Serbien übertragen. Serbien hält dieses Gesetz für völkerrechtswidrig.

Regionale Rüstungskontrolle

Auf dem Balkan existiert seit 1995 ein regionales Rüstungskontrollregime, das zwischen Kroatien, Serbien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina geschlossen und in den folgenden Jahren stetig erweitert wurde. Es begrenzt die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme für die beteiligten Länder. Mit Hilfe der OSZE ist das Rüstungskontrollabkommen in

den letzten Jahren erfolgreich umgesetzt worden, sodass die Bestände an konventionellen Großwaffen heute unterhalb der vereinbarten Grenzen liegen. Zentrale Merkmale dieses Kontrollabkommens sind die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft bei Einhaltung und Durchführung der Bestimmungen sowie die angestrebte militärische Balance zwischen den Staaten auf dem Balkan.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Unter dem Kommando der Kosovo Force (KFOR) sind laut dem International Institute for Strategic Studies circa 5.120 Soldat:innen aus 28 Staaten in der Region stationiert. Zusätzlich ist auch internationales Personal im Rahmen der OSZE in Serbien stationiert und unterstützt die Regierung Serbiens in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte und Minderheitenschutz sowie Entwicklung der Medienlandschaft. Darüber hinaus befinden sich 18 Personen (jeweils neun Polizist:innen und Beobachter:innen) aus 13 Ländern im Rahmen der UNMIK in der Region.

Das Mandat für das Bundeswehrkontingent im Rahmen der KFOR beinhaltete eine personelle Mandatsobergrenze von 400 deutschen Soldat:innen. Letztmalig stimmte das Parlament der Verlängerung des Einsatzes am 27.Juni 2024 zu. Derzeit (Stand: Dezember 2024) beteiligen sich laut International Institute for Strategic Studies rund 70 Soldat:innen und laut der Website der Bundeswehr rund 300 deutsche Soldat:innen. Zum Jahresende 2018 wurde die Einsatzliegenschaft der Bundeswehr im Kosovo, das Feldlager Prizren, nach 19-jähriger Nutzung an UNMIK übergeben. Die verbleibenden deutschen Kräfte operieren vom Camp Film City, dem Hauptquartier der KFOR in Pristina.

Des Weiteren läuft seit 2008 eine europäische zivile Mission (EULEX) im Kosovo, dessen Mandat jedoch 2018 neu ausgerichtet wurde. Hatte die Mission im ersten Mandat noch justizielle exekutive Macht, so beschränkt sich das neue Mandat auf beobachtende und beratende Tätigkeiten, im Rahmen derer Polizist:innen, Richter:innen, Gefängnisaufseher:innen und Zollbeamt:innen entsandt sind. Das Mandat wurde bis zum 14. Juni 2025 verlängert.

Im Dezember 2022 soll eine Eulex-Aufklärungspatrouille mit einer Blendgranate angegriffen worden sein und mehr als 30 KFOR-Soldat:innen wurden bei Ausschreitungen im Mai 2023 verletzt.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Für Serbien besteht gegenwärtig keine direkte Bedrohung durch internationalen Terrorismus. Es ist allen relevanten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Das Land hat sowohl mit Albanien und Bosnien und Herzegowina als auch mit Israel und Zypern bilaterale Abkommen zur Terrorismusbekämpfung unterzeichnet. In der Vergangenheit haben serbische Spezialkräfte auch an vom FBI durchgeführten regionalen Trainingsprogrammen zur Terrorismusbekämpfung teilgenommen. Es gibt einige terroristische Gruppen in Serbien, die immer wieder versuchen, das Land durch Anschläge zu destabilisieren oder in der Grenzregion zum Kosovo die Lage anzuheizen. Diese Gruppen sind auch intensiv in die organisierte Kriminalität – Menschenhandel, Geldwäsche und Schmuggel – involviert und dort auch aktiv. Darüber hinaus sind einige Serb:innen Mitglieder in global agierenden, radikal-islamistischen Gruppierungen. Im Jahr 2009 hat das serbische Parlament erstmals ein umfassendes Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche und Finanzierung terroristischer Gruppen verabschiedet, das seither erweitert wurde.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Internationale und organisierte Kriminalität ist weiterhin ein großes Problem in Serbien. Im Jahr 2023 belegte das Land noch bspw. den 40. Platz unter 193 Ländern im Global Organized Crime Index. Die OSZE-Mission hat die serbische Regierung seit 2001 maßgeblich bei ihrer Bekämpfung unterstützt. Allgemein sind das Land und die gesamte Region ein wichtiger Umschlagsplatz für Drogen und Zigaretten und damit Einfallstor von Schmuggelware in die EU. Auch für Waffen und im Bereich des Menschenhandels ist das Land eine Drehscheibe der organisierten Kriminalität. Die Geldwäsche droht auszuufern. Teilweise genießen kriminelle Gruppen Unterstützung aus der politischen Elite, der Wirtschaft und einigen Sicherheitsbehörden und greifen somit auf ein Netzwerk zurück, das über Jahre aufgebaut wurde und bis in die 1990er Jahre zurückreicht. So wurde etwa im Jahr 2023, in einem Prozess um Morde der organisierten Clankriminalität und Hooligan-Szene, die Anschuldigung laut, dass die angeklagten Personen ihre Aufträge – etwa die Störung oppositioneller Proteste oder Angriffe auf kosovarische Polizeieinheiten – teilweise von hohen politischen Ämtern erhalten hatten. In Verbindung zu der mafiösen Gruppe sollen unter anderem der Polizist Nenad Vuckovic, der ehemalige Innenminister Stefanovic, der Geheimdienstchef Aleksandar Vulin, der Generalsekretär der serbischen Regierung (Novak Nedić) und sogar Präsident Vučić stehen. Der Gruppe von 31 Männern werden brutale Morde, Waffen- und Drogenhandel sowie Entführungen zur Last gelegt.

Dennoch sind auch in Serbien Erfolge im Kampf gegen das organisierte Verbrechen festzustellen, was auf verstärkte Anstrengungen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist. Regelmäßig kommt es zu Festnahmen oder zur erfolgreichen Aufklärung von großen Schmuggelgeschäften.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Serbien hat in der Vergangenheit relativ regelmäßig im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten sowie im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN übermittelt.

Da das Land Mitglied des Arms Trade Treaty ist reichte es 2016 den Initialreport und jährlich entsprechende Berichte ein. Auch im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons übermittelt das Land regelmäßig Angaben.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Serbien ist bestrebt, ein effektives Exportkontrollregime zur Kontrolle von konventionellen Waffen und Dual-Use-Gütern zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Belgrad im März 2005 freiwillig die Kriterien und Prinzipien des damaligen EU-Verhaltenskodex (seit 2008 Gemeinsamer Standpunkt) für Rüstungsexporte anerkannt und damit einhergehend eine Reihe von Exportkontrollgesetzen verabschiedet. Dieses „Law on Foreign Trade in Arms, Military Equipment and Dual-Use Goods" steht im Einklang mit den EU-Standards zur Exportkontrolle. Darüber hinaus hat sich das Außenministerium des Landes dazu verpflichtet, bei der Lizenzvergabe für Waffen, militärische Ausrüstung und Dual-Use-Güter die acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes als Entscheidungsgrundlage zu nutzen.

Im Allgemeinen ist die serbische Gesetzgebung ein positiver Schritt nach vorne und ein guter Versuch, die europäischen Normen und Kriterien zu übernehmen. Auch in der Umsetzung gibt es wichtige Fortschritte, die durch einen deutlichen Kapazitätsaufbau in der Verwaltung und auf der politischen Ebene erreicht wurden. Dennoch existieren weiterhin einige Defizite im serbischen Exportkontrollregime. Empfehlungen sehen vor, dass die Gesetzgebung weiter verschärft und alle Ministerien verpflichtet werden sollten, die EU-Kriterien als Entscheidungsgrundlage zu nutzen. Darüber hinaus sollten Transparenz sowie Verantwortlichkeit der einzelnen Akteure verbessert werden.

Nach manchen westlichen Schätzungen sind im Kosovo mehr als 100.000 Waffen in illegalem Besitz. In Serbien zum Beispiel sind offiziell mehr als 1,1 Millionen Waffen in legalem Besitz. Laut den Untersuchungen der SEESAC befinden sich dort aber mindestens zweimal so viele Kleinwaffen in illegalem Besitz. Am ganzen Balkan sollen nach Schätzungen 2,5 bis 4 Millionen illegale Waffen im Umlauf sein. Serbien liegt mit ca. 950.000 illegalen Waffen an erster Stelle. Neueste Schätzungen sprechen sogar von 1,2 Millionen. Der Westbalkan ist zudem die bevorzugte Quelle für den Import illegaler Waffen. Dabei handelt es sich um große Mengen an Waffen und Munition aus den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre. Vor allem Serbien und Bosnien und Herzegowina sind für kriminelle Banden in der EU zur primären Bezugsquelle von Waffen und Munition geworden. Zwar konnte die Delegation des UN-Sicherheitsrats, die das Waffenembargo überwachen sollte, immer wieder an Aussagen von Zeug:innen erkennen, dass alles auf serbische Exporte nach Liberia hindeutete. Es kam aber nie heraus, wer dahintersteckte. Laut EUROPOL sind weit mehr als vier Millionen Waffen aus dem Jugoslawien-Krieg in den Balkanstaaten im Umlauf. Nach zwei aufeinanderfolgenden Massenschießereien Serbien im Mai 2023 haben die serbischen Behörden eine umfassende Amnestie erlassen, um die Bürger zur Abgabe nicht registrierter Waffen zu bewegen. Daraufhin wurden mehr als 80 000 Schusswaffen, mehr als 4 Millionen Schuss Munition und mehr

als 26 000 Sprengkörper sichergestellt. Die Regierung bezeichnete dies als durchschlagenden Erfolg.

Viele dieser Waffen fanden in den vergangenen Jahren ihren Weg ins syrische Kriegsgebiet. Seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges haben Staaten wie Saudi-Arabien und Katar zur Unterstützung der syrischen Rebell:innen und Milizen nachweislich große Teile der in Osteuropa und dem Balkan existierende Altbestände an jugoslawischen und sowjetischen Waffensystemen aufgekauft – darunter Waffen aus Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Tschechien, der Slowakei und auch Serbien. Nach dem erfolgten Import der Klein- und Großwaffensysteme (darunter auch Mehrfachraketenwerfer und gepanzerte Mannschaftstransporter) via See- und Luftweg wurden diese zu geheimen, grenznahen Kommandostützpunkten in Jordanien und der Türkei gebracht, von dort aus illegal über Landstraßen nach Syrien geschmuggelt oder mit Militärmaschinen über dem Kriegsgebiet abgeworfen.

2019 geriet ein Skandal um Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien ins Rollen, in den der Vater des ehemaligen Innenministers und jetzigen Verteidigungsministers Nebosja Stefanovic, Branko Stefanovic, involviert gewesen sein soll. Dieser gilt auch als enger Vertrauter des Präsidenten Vucic. Gerüchte um dessen Involvierung in den Waffenhandel kursierten bereits 2018. Die 2019 geleakten Informationen enthalten Bilder, die diesen bei einem Besuch des staatlichen Rüstungsproduzenten Krusik zeigen. Branko Stefanovic wurde dabei als Vertreter einer Rüstungsexportfirma aufgeführt. Der für die Leaks verantwortliche Mitarbeiter von Krusik, Aleksandar Obradovic, wurde infolgedessen wegen der Veröffentlichung von Geschäftsgeheimnissen festgenommen. Die gehandelten Waffen, darunter Mörsergranaten, sollen den Weg über Saudi-Arabien bis in die Hände irregulärer bewaffneter Akteure im Jemen und in Syrien gefunden haben sowie im Ukraine-Konflikt gelandet sein. Die serbische Regierung gab an, die Waffen seien legal nach Saudi-Arabien als „Endnutzer" verkauft worden, welches diese wiederum illegal weiterverkauft habe.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Unemployment remains high, with a significant number of individuals working in the shadow economy and in precarious jobs. Income inequality is high, with nearly a quarter of the population at risk of poverty and social exclusion and 7% of the population living in absolute poverty. Slow economic growth poses a serious problem, as incomes fail to converge with the EU average. The public sector remains bloated, unaccountable and inefficient. Although the overall business environment is favorable, state-owned enterprises continue to be tightly controlled by political authorities, and the government maintains a significant presence in the economy.

Privatization has continued on a small scale, with the only significant change in ownership recently being the purchase of Petrohemija, a state-owned chemical company, by the Russian state-owned enterprise Gazprom Neft. After almost a decade of low inflation at 2% since 2014, inflation rose to 7.9% in 2021 and 16% in 2022 due to global increases in energy and commodity prices, spillovers from inflation in the United States and Western Europe and European Central Bank monetary policy, according to which the

National Bank of Serbia emulated keeping the exchange rate at the same level. In 2022, the government deficit dropped to 3% of GDP, while the level of public debt reached 54% of GDP in November 2022. The government implemented new fiscal rules at the end of 2022 to guarantee the future sustainability of public finances. These rules include a "high debt–low deficit" policy, which activates the debt brake at 60% of GDP. This threshold requires a balanced state budget once the level of debt surpasses it.

Quelle: ***https://bti-project.org/en/reports/country-report/SRB***

Tabelle 16

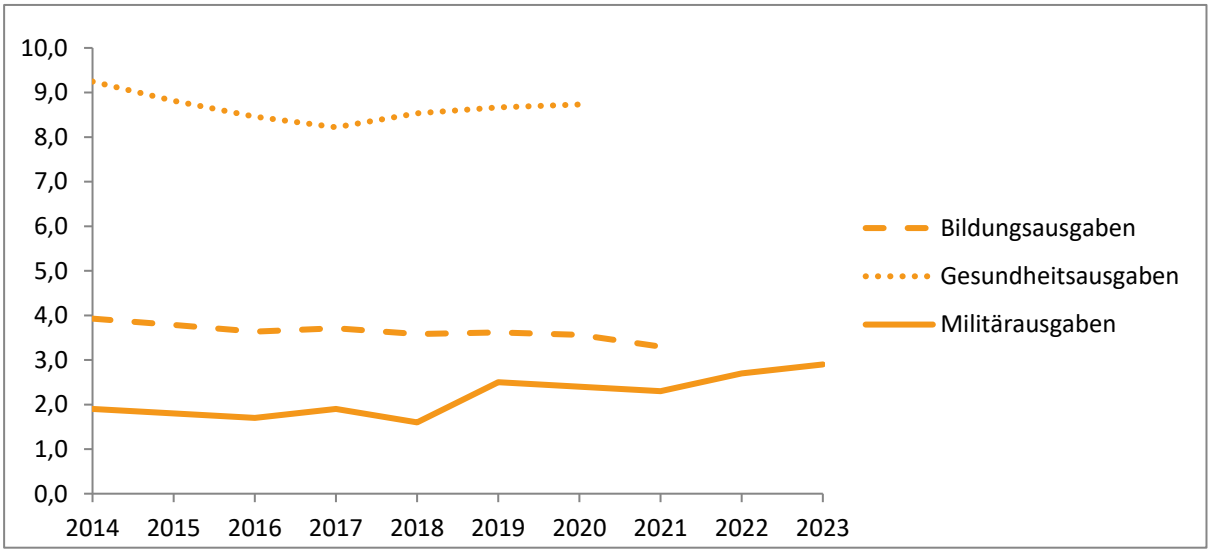
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	1452	1365	1455	1723	1845
Militärausgaben/BIP	2,5	2,4	2,3	2,7	2,9
Gesundheitsausgaben/BIP	8,7	8,7	-	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,6	3,6	3,3	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP(in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2018	2019	2020	2021	2022
Auslandsverschuldung	31054	32109	38041	41166	44160
Anteil am BIP (in Prozent)	61,3	62,3	71,3	65,2	69,5
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	238,61	194,69	250,33	281,11	288,6
Net ODA (% of GNI)*	0,49	0,43	0,52	0,5	-
Deutsche ODA Zahlungen*	104,27	54,37	43,1	40,79	30,18

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US$ (2022).
Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	142,1	140,3	141,5	154,9	158,8
Index-Platzierung	35	39	37	26	25

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Bosnien-Herzegowina	Militarisierungswert	88,1	88,7	87,9	83,5	90,3
	Index-Platzierung	95	97	97	101	89
Bulgarien	Militarisierungswert	137,2	113,4	112,4	115,9	120,5
	Index-Platzierung	38	64	63	57	55
Kroatien	Militarisierungswert	130	131,2	137,6	130,7	127,7
	Index-Platzierung	48	47	42	45	50
Mazedonien	Militarisierungswert	-	-	-	-	-

		2019	2020	2021	2022	2023
Montenegro	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
	Militarisierungswert	142,5	157,9	156,5	134,5	140,9
	Index-Platzierung	34	23	24	41	34
Rumänien	Militarisierungswert	137	140,5	138,7	136,9	137,3
	Index-Platzierung	39	38	40	38	39
Ungarn	Militarisierungswert	100,9	108,8	102,9	107,3	112,1
	Index-Platzierung	78	70	76	68	65

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.
https://gmi.bicc.de/ranking-table

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2019	2020	2021	2022	2023
Bosnien-Herzegowina	Militärausgaben (absolut)	173	174	173	167	200
	Militärausgaben/BIP	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8
Bulgarien	Militärausgaben (absolut)	2456	1230	1308	1437	1721
	Militärausgaben/BIP	3,1	1,6	1,5	1,6	1,8
Kroatien	Militärausgaben (absolut)	1054	1029	1340	1282	1291
	Militärausgaben/BIP	1,6	1,7	2,0	1,8	1,8
Mazedonien	Militärausgaben (absolut)	164	167	207	220	236
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,2	1,5	1,6	1,7
Montenegro	Militärausgaben (absolut)	80	88	91	98	103
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,7	1,6	1,6	1,6
Rumänien	Militärausgaben (absolut)	5111	5467	5348	5188	4945
	Militärausgaben/BIP	1,8	2,0	1,9	1,7	1,6
Ungarn	Militärausgaben (absolut)	2128	2757	2249	3257	3885
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,8	1,3	1,8	2,1

Angaben in konstanten Mio. US$ (2022). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,808	0,812	0,806	0,804	0,805

Quelle: *Specific country data | Human Development Reports (undp.org)*
Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung:

Laut Weltbank gehört Serbien mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 10.031 US-Dollar zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies"). Es weist eine hohe Auslandsverschuldung (69,5 Prozent am BIP) auf. Auf dem Global Competitiveness Index belegte Serbien 2019 mit Rang 72 von 141 Staaten einen Platz im Mittelfeld. Mit einem Wert von 0,805 rangiert es auf Platz 65 von 191 Staaten auf dem Human Development Index und wird ergo der Kategorie „sehr hohe menschliche Entwicklung" zugeordnet. Die Gefahr, dass in Serbien unverhältnismäßige Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist gering.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von ca. 10.031 US-Dollar gehört Serbien der Weltbank zufolge zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies"). Die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2022 69,5 Prozent, was als hoch zu bewerten ist. Aktuell schuldet Serbien dem Internationalen Währungsfonds (IWF) fast 950 Mio. US-Dollar. Auf dem Global Competitiveness Index belegte Serbien 2019 mit 60,9/100 Punkten und Rang 72/141 einen Platz im Mittelfeld. Zum Vergleich: Deutschland belegte hier 2019 Platz 7.

Serbien weist in den letzten Jahrzehnten moderate BIP-Wachstumsraten von durchschnittlich 2,6 Prozent auf. Im Rahmen der COVID-19-Pandemie verzeichnete es ein negatives BIP-Wachstum von -0,9 Prozent; dieses konnte sich jedoch im Folgejahr (7,5 Prozent) wieder erholen. 2023 betrug das serbische BIP-Wachstum 2,5 Prozent. Trotz zunehmender ökonomischer Prosperität ist es dem Land nicht gelungen, seine Wirtschaft zu diversifizieren. Von 2019 auf 2022 stieg der Anteil von Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Fischerei am BIP von 6,0 auf 6,8 Prozent an, sank 2023 jedoch wieder auf 5,2%.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,805 rangiert Serbien auf Platz 65 von 191 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2022. Damit gehört es in den HDI-Kategorien zu den Ländern „sehr hohe menschliche Entwicklung". Es liegt auf dem Index hinter seinen Nachbarländern Kroatien (Rang 39), Ungarn (Rang 47), Montenegro (Rang 50) und Rumänien (Rang 53) und vor

den Nachbarländern Bulgarien (Rang 70) und Bosnien-Herzegowina (Rang 80). Zum Vergleich: Deutschland liegt 2021 auf dem siebten Platz. Dem Gender Development Index zufolge gehört Serbien mit einem Wert von 0,982 zur Gruppe der Länder mit „hoher" Gleichheit in den HDI-Ergebnissen zwischen den Geschlechtern. Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug der Weltbank zufolge 2021 0,9 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit betrug in Serbien 2023 8,7 Prozent. Damit konnte Serbien die Arbeitslosigkeit zwar im Vergleich zu vor zehn Jahren (22,2 Prozent) deutlich senken; fast zehn Prozent sind jedoch immer noch viel. Ähnliches lässt sich für die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit beobachten. 2013 war fast die Hälfte der Jugendlichen in Serbien arbeitslos. 2023 waren es noch 24,1 Prozent, was jedoch nach wie vor ein sehr hoher Anteil ist. Dementsprechend hat Serbien dem Sustainable Development Report zufolge hinsichtlich der Erreichung von Sustainable Development Goal (SDG) 8 („decent work and economic growth"), SDG 2 („zero hunger"), 3 („good health and well-being"), 5 („gender equality"), 6 („clean water and sanitation") und 10 („reduced inequalities") in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. In all diesen Kategorien verzeichnet der Report größtenteils positive Entwicklungen. Auf dem Gini-Index, welcher die Ungleichheit in einem Land misst, erzielte Serbien 2021 einen Gini-Koeffizienten von 33,1. Insgesamt konnte dieser in den letzten zehn Jahren zwar gesenkt werden; die ungleiche Einkommensverteilung bleibt jedoch ein Problem in Serbien.

Die Gesundheitsausgaben beliefen sich in Serbien in den letzten zehn Jahren auf durchschnittlich 6,1 Prozent am BIP, die Bildungsausgaben durchschnittlich auf 2,9 Prozent am BIP. Zwar hat sich eine Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystem in den letzten Jahren eingestellt, doch bleiben vor dem Hintergrund der generell positiven wirtschaftlichen Entwicklung beide Systeme chronisch unterfinanziert. Insbesondere im Bildungssystem hat es jedoch entscheidende qualitative Fortschritte gegeben. Die Militärausgaben beliefen sich auf durchschnittlich 2,2 Prozent/BIP. Nachdem sie sich zwischen 2013 und 2017 zwischen 1,8 und 1,9 Prozent bewegten, sanken sie 2018 auf 1,6 Prozent/BIP. Seite 2019 sind sie auf über 2 Prozent am BIP gestiegen und betrugen 2022 2,3 Prozent/BIP. Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2024, welcher misst, welche Ressourcen ein Staat seinem Militärapparat im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen zuweist, belegt Serbien Rang 25 von 149 Staaten, was einer „sehr starken" Militarisierung entspricht. Damit ist Serbien regional gesehen auch stärker als seine Nachbarländer militarisiert.

Auf Basis von Kriterium acht des Gemeinsamen Standpunktes, also der Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige militärische Kapazitäten, sind Rüstungsexporte nach Serbien derzeit als „nicht kritisch" einzuschätzen. Die Gefahr, dass in Serbien unverhältnismäßige Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist nicht besonders hoch.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT
Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION Marc von Boemcken
LAYOUT bicc
GRAFIK Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte". Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

JRF
MITGLIED DER Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft